

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 23./September 1957

Blatt 1877

Es geht um die Entwicklung der gesamten Wirtschaft

Wer Gemeindefinanzen verkürzt, bringt Vollbeschäftigung in Gefahr

23. September (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 22. September, über die Sorgen der Wiener Stadtwerke. Der Bürgermeister führte aus:

"Die Urlaubs- und Ferienzeit ist vorbei. Ich hoffe, daß Sie Gelegenheit zur Entspannung und Erholung hatten. Ich werde mich freuen, wenn ich in Ihnen wieder eine aufmerksame und verständnisvolle Hörergemeinde finde. Ich bitte Sie aber, auch Ihre Freunde darauf aufmerksam zu machen, daß in der Sendereihe "Wiener Probleme" wichtige Themen besprochen werden, die für alle Wiener interessant sind.

Am Freitag der vergangenen Woche kamen in Wien etwa 30 sorgenbeladene Männer zusammen, um sich einmal gründlich auszusprechen. Es waren die Generaldirektoren und Direktoren der städtischen Unternehmungen aus ganz Österreich. Ihre Sorgen sind so groß, daß sie es für notwendig hielten, einmal aus ihrer Reserve herauszutreten und der Bevölkerung zu sagen, unter welch schwierigen Verhältnissen sie ihre Unternehmungen zu führen haben. Man kann nicht gerade sagen, daß sie etwas grundlegend Neues berichteten, denn es ist allgemein bekannt, daß es den städtischen Betrieben in Österreich schlecht geht. Es sind dies jene Betriebe, welche die Bevölkerung mit Gas und elektrischem Strom versorgen und die Verkehrsbedürfnisse zu befriedigen haben. Sie stehen vor der Aufgabe, die Leistungsfähigkeit ihrer Werke zu erhöhen, aber die finanziellen Mittel, die ihnen hierfür zur Verfügung stehen, werden immer unzureichender.

Nun könnte jemand behaupten, daß die schlechte Lage der städtischen Betriebe deshalb entstanden sei, weil sie schlecht geführt

./.

werden. Das wäre aber doch ein merkwürdiger Zufall, daß in allen österreichischen Städten gleichermaßen unfähige Betriebsführungen vorhanden wären. Nein, die Ursachen liegen ganz woanders, nämlich in der widerspruchsvollen Entwicklung der Preisverhältnisse. Hiezu einige Zahlen. Während der Index der Lebenshaltungskosten 6.7 erreichte, stiegen die Wiener Verkehrstarife nur auf das 5.4fache, der Gaspreis nur auf das 3.5fache, der Strompreis gar nur auf das 2.2fache.

Die Direktoren machen aber darauf aufmerksam, daß wir gerade jetzt eine sehr widerspruchsvolle und ungesunde wirtschaftliche Entwicklung miterleben. Während die private Wirtschaft dank der andauernden Hochkonjunktur in der Lage ist, ihren gesamten Produktionsapparat zu modernisieren, zu erweitern und die Produktion zu steigern, haben die städtischen Betriebe hingegen in der gleichen Konjunktur viel zu wenig Geld, um die notwendigen Investitionen zur Leistungssteigerung vorzunehmen. Ich will diesen ungesunden und gefährlichen Zustand an einem Beispiel erklären:

Der Bedarf an elektrischem Strom steigt jährlich um ungefähr 10 Prozent, das heißt, die Erzeugung von Strom muß um den gleichen Prozentsatz steigen, also müssen mehr Kraftwerke gebaut werden. Aber für den steigenden Stromverbrauch muß man auch Transformatoren bauen, neue Leitungen legen und bestehende Leitungen verstärken. Die Elektrizitätswerke haben sich wohl ein Kabelumbauprogramm vorgenommen, es kann aber wegen Geldmangel nur sehr zögernd durchgeführt werden. Alle in Wien bestehenden Betriebe wären in der schwersten Weise geschädigt, wenn einmal das Elektrizitätswerk nicht mehr in der Lage wäre, den benötigten Strom zu liefern. Deshalb muß die Leitung des Werkes in die Zukunft vorausschauen und alles Notwendige vornehmen, um den gewünschten Strom immer bereitstellen zu können.

Eine ähnliche Situation besteht in der Gasversorgung. Die anhaltende Konjunktur hat zu einer Steigerung des Gasverbrauches in Industrie, Gewerbe und Haushalt geführt. Aber die Versorgung mit Gas ist nur dann gesichert, wenn die Betriebsanlagen erneuert und wenn die Rohrleitungen in Ordnung sind und dem Bedarf entsprechend ausgebaut werden. Leider ist der allergrößte Teil der Leitungsrohre bereits an die 50 Jahre alt, und ihre Erneuerung wäre schon dringend geboten. Die leitenden Herren des städtischen Gaswerkes

betonen immer wieder, daß sie die Verantwortung für die Sicherheit der Gasbezieher nicht übernehmen könnten, wenn sie nicht die Möglichkeit hätten, das Erneuerungsprogramm für das Leitungsnetz weiterzuführen.

Wie Sie also sehen, wäre es über kurz oder lang ein großer Schaden für die gesamte Wirtschaft unserer Stadt, wenn diese beiden wichtigen Werke mit der Entwicklung nicht mehr mitkommen und ihre Leistungen nicht mehr steigern könnten. Und dies, ich betone es noch einmal mit allem Nachdruck, in einer Zeit, in der die übrige Wirtschaft genug Geld hat, um einen wirklich großartigen Aufschwung zu nehmen. Verstehen Sie also, daß die Direktoren der städtischen Werke, die in Wien beisammen waren, genau wissen, daß sie nicht nur für die Entwicklung der eigenen Werke, sondern für die Entwicklung der gesamten Wirtschaft die Verantwortung zu tragen haben. Aber sie finden es selbstverständlich, daß die städtischen Werke an dem Aufschwung genau so Anteil haben müssen, wie alle übrigen Zweige der Wirtschaft. Es kann nicht sein, daß ein Teil der Wirtschaft aufblüht und der andere ebenso wichtige Teil bewußt zum Verdorren gebracht wird.

Was die Direktoren über die Gaswerke und Elektrizitätswerke sagten, gilt im erhöhten Maße auch für die städtischen Verkehrsunternehmungen. Bei ihnen ist die Lage deshalb besonders so schwierig, weil es in der Natur der Sache liegt, daß ihr Betrieb sehr lohnintensiv ist. Wir haben wohl einen Normalfahrpreis von 1.90 S, aber durch die verschiedenen Fahrbegünstigungen sinkt die Durchschnittseinnahme pro Fahrgast auf 1.25 S. Daraus ist ersichtlich, daß die Verkehrsbetriebe nicht einmal mehr das Geld für Reparaturen von Gleisanlagen und Waggons haben, von größeren Investitionen ganz zu schweigen. Aber gerade das wirkt sich wieder sehr ungünstig aus, denn die Bevölkerung will ja gleichzeitig eine Verbesserung der Verkehrseinrichtungen haben. Gegenwärtig können in Wien noch etwa 100 Millionen Schilling vom Gas- und Elektrizitätswerk abgezogen werden, um die Verkehrsbetriebe über Wasser zu halten. Aber aus den vorher aufgezeigten Notwendigkeiten sind die Direktoren zu der Feststellung gekommen, daß man das Gaswerk und das Elektrizitätswerk nicht unbeschränkt ausplündern könne, weil sie über kurz oder lang dann in die gleiche Situation kommen würden, in der die Verkehrsbetriebe schon heute sind. Sie forderten deshalb, daß jeder

Betrieb sich selber zu erhalten habe und daß die Zuschüsse an die Verkehrsbetriebe aufhören müßten. Sie haben das bezeichnende Wort ausgesprochen, daß eine Subventionspolitik und Schuldenwirtschaft auf Dauer gesehen für die Bevölkerung ungünstig und deshalb abzulehnen sei. Sie meinen, es wäre für sie besser unpopulär zu sein, als ihre Betriebe in den Konkurs zu treiben.

Nun weiß ich, daß gerade in der letzten Zeit die Diskussion über die Deckung des Straßenbahndefizites sehr lebhaft ist. Es werden viele Argumente für kostendeckende Tarife und ebenso viele für die Subventionspolitik gebraucht. Interessant ist der Bericht eines Meinungsforschungsinstitutes, welches mitteilte, daß 51 Prozent der befragten Personen für kostendeckende Tarife sind. Das Institut berichtet auch, daß diese Meinung quer durch die politischen Parteien geht, also nicht vom Parteistandpunkt abhängig ist.

Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang, daß bei früheren Anlässen von anderer Seite immer wieder betont wurde, man dürfe wirtschaftliche Fragen nicht als Politikum behandeln, man könne Wirtschaftsfragen nicht mit politischen Artikeln und Reden lösen, man müsse sie in sachlicher Art behandeln. Die Mahnung zur Sachlichkeit und zur wirtschaftlichen Betrachtung gilt natürlich auch für die Sorgen der städtischen Unternehmungen. Es sollte sich deshalb jeder hüten, der Bevölkerung gutgemeinte, aber irreführende Vorschläge zu unterbreiten. Natürlich lasse ich die zahlreichen Anregungen, die mir aus der Bevölkerung zukommen, genau prüfen, und ich danke allen für die aufrichtigen und von wirklicher Sorge zeugenden Briefe. Aber was soll man dazu sagen, wenn man in einer Zeitung den Vorschlag macht, die Gemeinde möge eine Aktiengesellschaft gründen und Aktien verkaufen. Es ist doch klar, daß man für die Aktien nur ein einziges Mal Geld bekommen würde und mit dieser einmaligen Einnahme kann man kein dauerndes, immer wiederkehrendes Defizit decken. Aber selbst wenn jemand dieses Kunststück zusammenbringen würde, ist es doch ausgeschlossen, daß irgend jemand Aktien eines Unternehmens kauft, das niemals einen Gewinn ausschüttet, sondern nur Verluste hat. Oder was soll man dazu sagen, wenn allen Ernstes behauptet wird, man könne das Defizit der Verkehrsbetriebe ohne Belastung der Bevölkerung decken. So unpopulär meine Feststellung klingen mag, so unbestritten wahr ist es, daß das Defizit der Verkehrsbetriebe so oder so, direkt oder indirekt, nur von der

Bevölkerung bezahlt werden kann. Wer etwas anderes behauptet, meint es nicht ehrlich. Wenn man der Bevölkerung einen Vorschlag unterbreitet, muß man ihr auch mitteilen, welche Konsequenzen daraus entstehen. Wenn verlangt wird, daß die Hoheitsverwaltung das Defizit der Straßenbahn bezahlen soll, so muß man den Mut haben der Bevölkerung zu sagen, daß damit eine Einschränkung von notwendigen kommunalen Arbeiten verbunden ist, oder, wenn man das nicht haben will, neue Steuern eingeführt werden müßten.

Die Wirtschaftspolitik der Gemeinde Wien hat sich die Vollbeschäftigung und eine möglichst produktive Investitionstätigkeit zum Ziele gesetzt. Dank dieser Wirtschaftspolitik konnten wir den Wiederaufbau erfolgreich durchführen, die Modernisierung der Verkehrsanlagen in Angriff nehmen, den sozialen Wohnungsbau vorwärtstreiben und daneben noch eine sehr erfreuliche Wohlfahrtspflege für unsere Kinder und für unsere alten Mitbürger aufbauen. Eine Subventionierung der Verkehrsbetriebe aus Gemeindemitteln bedeutet die Einschränkung der erfolgreichen Arbeitsbeschaffungspolitik. Es ist ganz interessant, daß gerade vor wenigen Tagen in Wien auf einem internationalen Kongreß der Finanzwissenschaftler festgestellt wurde, daß die Investitionspolitik der öffentlichen Hand eine außerordentlich wichtige konjunkturstabilisierende Wirkung hat. Wer also die Gemeindefinanzen verkürzt, bringt unsere Vollbeschäftigung in Gefahr. Ich darf mich auch auf unseren Finanzminister berufen, der bei einer ersten Besprechung des Budgetvoranschlages für 1958 betonte, daß das Investitionsprogramm der Bundesregierung gesichert werden müsse. Ich muß die gleiche Feststellung für das Programm der Gemeinde Wien machen.

Wenn ich in einer sicher nicht populären Angelegenheit in die Diskussion eingegriffen habe, so zu dem Zweck, um gewisse bisher aufgetauchte Meinungen auf das richtige Maß zurückzuführen. Es wäre niemand gedient, wenn es jetzt wegen der Straßenbahn zu einem Nervenkrieg kommen würde.

Zur Klarstellung der Situation möchte ich festhalten, daß es niemand verantworten könnte, die Politik der Arbeitsbeschaffung zu schwächen, den sozialen Wohnungsbau einzuschränken, die Verkehrsumbauten zu verzögern oder die Fürsorgeeinrichtungen für Kinder und Alte zu vernachlässigen. Als Bürgermeister fühle ich mich aber auch verpflichtet, auf die Aufgaben der Zukunft hinzuweisen, die von der

Gemeinde noch große finanzielle Leistungen erfordern werden. Dazu gehört die Verbesserung und Modernisierung aller Verkehrsbauten, aber besonders der Bau des Allgemeinen Krankenhauses und andere Spitalsanstalten und die verstärkte Weiterführung der Assanierung abbruchreifer Wohnviertel.

Mir kommt es sehr darauf an, daß die Bevölkerung in einer so wichtigen Wirtschaftsfrage, wie es das Defizit der städtischen Unternehmungen ist, ausreichend und richtig informiert wird. Die Diskussion in der Öffentlichkeit und in den Zeitungen soll möglichst umfangreich weitergeführt werden, weil ich der Meinung bin, daß in der Demokratie gerade bei schwierigen Aufgaben die ganze Bevölkerung mitdenken und mitverantworten soll!"

- - -

#### 415 Alarmfälle im August

=====

23. September (RK) Im Tätigkeitsbericht der Feuerwehr der Stadt Wien für den Monat August werden insgesamt 415 Alarmfälle ausgewiesen, darunter vier Ausrückungen zu Mittelbränden und 68 zu Kleinbränden. Das sind um 47 Brandfälle weniger als im August des vergangenen Jahres. Zur Behebung von Verkehrsstörungen ist die Feuerwehr im August 60mal, zur Behebung von sonstigen, nicht durch Feuer verursachte Gefahren oder Sachschäden, 232mal ausgerückt. Im Monatsbericht werden noch zwei Rauchfangbrände, 27 Untersuchungen und 22 Fehlanzeigen angeführt.

- - -

#### Rundfahrt "Neues Wien"

=====

23. September (RK) Mittwoch, 25 September, Route 4 mit Besichtigung des Jugendgästehauses in Pötzleinsdorf, des Türkenschanzenparkes und verschiedener Wohnhausanlagen im 18. Bezirk.

Abfahrt vom Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse, um 14 Uhr.

- - -

Bei Rationalisierung auf den Menschen nicht vergessen!

=====

Vizebürgermeister Honay begrüßt Tagung für Arbeitswissenschaften

23. September (RK) Heute vormittag wurde im Industriehaus auf dem Schwarzenbergplatz die 7. Internationale Tagung für Arbeitswissenschaften eröffnet. Vizebürgermeister Honay begrüßte im Namen der Stadt Wien die Delegierten. Der Vizebürgermeister führte aus:

"Wien ist eines der ältesten Kulturzentren Europas. Durch seine geopolitische Lage ist Wien besonders befähigt internationalen Kongressen eine wirksame Resonanz und einen würdigen Rahmen zu geben. Seit dem Abzug der Besatzungsmächte sind vorher allzu berechtigte Bedenken ausländischer Freunde hinfällig geworden; Wien ist seit dem Staatsvertrag wieder internationales Zentrum des Fremdenverkehrs! Wir setzen unseren vollen Ehrgeiz daran, allen Gästen einen möglichst angenehmen Aufenthalt zu bieten.

Ihre Tagung befaßt sich mit Problemen der Arbeitswissenschaften. Man könnte daraus folgern, daß es sich hierbei nur um Probleme theoretischer Natur handelt. Wie ich dem Tagungsprogramm entnahm, handelt es sich aber im Gegenteil um Fragen, denen eine große praktische Bedeutung zukommt. Es sollen ja nicht nur verschiedene Möglichkeiten zu betrieblicher Leistungssteigerung aufgezeigt, sondern auch die ungemein wichtigen Fragen der betrieblichen Zusammenarbeit erörtert werden.

Auch ich betrachte es als eine lohnende und schöne Aufgabe, bei der Behandlung aller Rationalisierungsprobleme den tätigen Menschen nicht zu vergessen. Der Erfolg einer für die Allgemeinheit nützlichen Rationalisierungsarbeit kann niemals nur durch eine bloße Automation erreicht und behauptet werden. Es handelt sich trotz dem technischen Charakter solcher Automationsbestrebungen vielmehr darum, die menschliche Arbeit so zu gestalten, daß mit dem technischen Fortschritt auch der soziale Fortschritt der Menschheit verbunden und gewährleistet bleibt.

Diesem Ziele gilt auch Ihr gegenwärtiger Kongreß, der vom Österreichischen Kuratorium für Wirtschaftlichkeit einberufen ist und das vollste Interesse der breiten Öffentlichkeit beanspruchen darf. Ich beglückwünsche die Einberufer, aber auch Sie, meine Damen und Herren, zu dieser schon traditionell gewordenen Veranstaltung,

die den aktuellen Problemen einer weit vorausschauenden Wirtschaftsführung Rechnung trägt.

Bemerkenswert ist, daß sich bei dieser Tagung Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam mit in- und ausländischen Fachleuten der Arbeitswissenschaften bemühen werden, jene Möglichkeiten aufzuzeigen, die auch von der österreichischen Wirtschaft nutzbringend für deren weiteren Ausbau verwertet werden können.

So wünsche ich Ihrem regen Gedanken- und Erfahrungsaustausch einen vollen Erfolg, wie ihn jedes redliche Bemühen um den menschlichen Fortschritt verdient. Ich wünsche Ihnen einen möglichst angenehmen und anregenden Aufenthalt in Wien, als in einer Stadt, die ihren erfolgreichen Wiederaufstieg nur der verständnisvollen Zusammenarbeit aller ihrer Bürger zu danken hat!"

- - -

#### 900.000 Stromabnehmer in Wien

=====

23. September (RK) Die Wiener Stadtwerke - Elektrizitätswerke konnten in diesen Tagen einen schönen Erfolg ihrer Aufbauarbeit verzeichnen. In Ottakring wurde bei einem Tischlergehilfen die 900.000. elektrische Abnehmeranlage mit der Montage des Zählers in Betrieb genommen. Die Wiener E-Werke haben dem "Jubiläumskonsumenten" aus diesem Anlaß einen Kühlschrank als Geschenk überreichen lassen.

Wie groß der Aufstieg der letzten Jahre ist, geht daraus hervor, daß es im Jahre 1946 in Wien nur 750.000 Strombezieher gab. Noch 1951 waren erst 800.000 Zähler im Versorgungsgebiet der Wiener E-Werke angeschlossen. Mit der nun erfolgten Einschaltung des 900.000. Zählers wird die gewaltige Ausbreitung der elektrischen Energie und damit der wirtschaftliche Aufschwung in Wien deutlich dokumentiert.

- - -

Ein neuer Kurs am Konservatorium der Stadt Wien  
=====

23. September (RK) Das Konservatorium der Stadt Wien plant die Abhaltung eines Kurses, der der Einführung in die Methodik der Tonproduktion gewidmet ist. Die Leitung des Kurses hat Margit Possony übernommen, die in New York und Boston auf dem Gebiete der Anleitung von Stimmbildnern und Gesangslehrern außerordentlich beachtliche Ergebnisse erzielt hat. Der Kurs soll in erster Linie der Heranbildung von Gesangspädagogen und Stimmbildnern dienen, aber auch Gesangsschülern sowie Personen, die sich dem Berufe eines Gesangslehrers oder Stimmbildners erst widmen wollen, zugänglich sein. Das Schulgeld soll bei einer sechsmonatigen Dauer des Kurses 50 S im Monat betragen. Der Kurs kommt nur bei einer genügenden Zahl von Anmeldungen zustande. Anmeldungen im Sekretariat des Konservatoriums der Stadt Wien, 1, Johannesgasse 4a, Zimmer 30.

- - -

Die "Erkältungswelle" an den Wiener Schulen  
=====

23. September (RK) Der Unterricht im Realgymnasium Kandlgasse, der am vergangenen Dienstag wegen der Häufung von Erkältungskrankheiten eingestellt wurde, konnte heute früh wieder aufgenommen werden. Von 493 Schülern, die diese Anstalt besuchen, sind nur mehr 54 krank gemeldet. In keiner Klasse fehlen mehr als drei Schüler. In den insgesamt 17 Klassen anderer Wiener Schulen, die vorübergehend in der vergangenen Woche den Schulbetrieb eingestellt haben, wurde der Unterricht heute früh zum größten Teil wieder aufgenommen.

Dem Wiener Stadtschulrat wurde vom Gesundheitsamt empfohlen, den Schulunterricht zu unterbrechen, wenn mehr als ein Drittel der Schüler ausbleibt. Am Samstag hat daher der Stadtschulrat die vorübergehende Schließung von 9 Klassen, heute früh von 15 weiteren Klassen angeordnet. Die vom Schülerausfall betroffenen Schulhäuser befinden sich bis auf wenige Ausnahmen in den inneren Bezirken Wiens. Bis auf drei Volksschulklassen handelt es sich um Mittel- und Hauptschulen. Die Unterbrechung des Schulbetriebes dauert durchschnittlich drei bis vier Tage.

- - -

Bürgermeister Jonas empfing Arbeitswissenschaftler  
 =====

23. September (RK) Bürgermeister Jonas gab heute mittag für die Delegierten der 7. Internationalen arbeitswissenschaftlichen Tagung einen Empfang im Wiener Rathauskeller. Daran nahmen ferner von Seiten der Stadt Wien Vizebürgermeister Honay, die Stadträte Afritsch, Bauer, Glaserer, Koci, Mandl, Dkfm. Nathschläger und Riemer sowie Stadtschulratspräsident Dr. Zechner teil.

Der Bürgermeister sagte in einer kurzen Begrüßungsansprache, er freue sich, daß die Tagung das Interesse auch so vieler ausländischer Fachleute gefunden hat, sodaß man wirklich von einer internationalen Konferenz sprechen könne. Er hoffe, daß die Wiener Atmosphäre dazu beitragen wird, die Tagung zu einem Erfolg werden zu lassen.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 23. September  
 =====

23. September (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 2 Stiere, 36 Kühe, Summe 38. Neuzufuhren Inland 274 Ochsen, 211 Stiere, 691 Kühe, 126 Kalbinnen, Summe 1302. Neuzufuhren Ungarn: 28 Stiere, 60 Kühe, Summe 88. Gesamtauftrieb: 274 Ochsen, 241 Stiere, 787 Kühe, 126 Kalbinnen, Summe 1428. Verkauft wurden: 270 Ochsen, 239 Stiere, 787 Kühe, 126 Kalbinnen, Summe 1422. Unverkauft blieben: 4 Ochsen, 2 Stiere, Summe 6.

Preise: Ochsen 10.20 bis 11.80 S, extrem 12.- bis 12.30 S, (13 Stück), Stiere 10.30 bis 12.30 S, extrem 12.40 bis 12.60 S (14 Stück), Kühe 8.- bis 10.20 S, extrem 10.30 bis 10.50 S (15 Stück), Kalbinnen 10.20 bis 11.60 S, extrem 11.70 bis 11.90 S (21 Stück), Beinlvieh Kühe 6.50 bis 9.30 S, Beinlvieh Ochsen und Kalbinnen 9.50 bis 11.40 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Ochsen um 22 Groschen, Stieren und Kühen um 12 Groschen, Kalbinnen um 6 Groschen je Kilogramm. Er beträgt bei Ochsen 10.70 S, Stieren 11.34 S, Kühen 8.67 S, Kalbinnen 11.09 S. Beinlvieh notierte schwach behauptet. Ungarische Stiere notierten von 11.50 bis 12.25 S, Kühe von 8.50 bis 9.50 S.

- - -